Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt"

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlößnitz

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung" erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung" ist zu beziehen durch die kaiserlichen Postanstalten, die Landbriefträger und durch andere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Anzeigen-Preise:

Die einspaltige Zeile 15 Pfg., unter „Eingesandt" 40 Pfg. Anzeigen-Annahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Unsere Geschäftsstelle, Reine Meißner Gasse Nr. 4, Invalidendank, Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, G. L. Daube & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Kohl in Kesselsdorf; Hugo Wächter in Röhrsdorf, Otto Dittrich in Reichenberg, Hugo Göpfe in Leubnitz-Neuostra, Emil Hollich in Serkowitz, Rud. Grimm in Dresden-Wölfnitz, Friedrich Teuchert in Cossebaude, Reinh. Woithe in Moritzburg, Otto Kunath in Cotta, Max Heinrich in Loschwitz.

Telephon: Dresden, Amt II. Nr. 575.

Nr. 18. Dresden, Sonntag, den 22. Januar 1905. 67. Jahrgang.

Bestellungen für die **Monate Februar und März** auf die **Sächsische Dorfzeitung** nehmen außer den **Postanstalten** und Landbriefträgern auch die **Austräger** sowie die **Hauptgeschäftsstelle** und die **Ausgabestellen** entgegen.

Die „Sächsische Dorfzeitung" kostet monatlich ausschließlich der Zustellungsgebühr

nur 60 Pfg.

Das Neueste.

Gestern abend fand vor dem Kaiserpaar eine Defiliercour statt, die einen glänzenden Verlauf nahm.

Der Reichstag verhandelte gestern über den Generalstreik im Ruhrkohlenrevier.

Wegen des Streiks sind im Bochumer Kohlenrevier allenthalben die Festlichkeiten zu Kaisers Geburtstag abgesagt worden.

Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt" erklärt den formellen Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn als unmittelbar bevorstehend.

Die Untersuchung über den Kartätschenschuß auf das Winterpalais in Petersburg hat noch keinen Aufschluß über die rätselhafte Angelegenheit gebracht. Wahrscheinlich handelt es sich nicht um einen Unfall.

Für die Dauer der Kriegszeit sind die Gebühren für Auslandspässe russischer Untertanen um 5 Rubel zum Besten des Roten Kreuzes erhöht worden.

Rußland's und Japans Kriegsfinanzen.

Der Finanzlage der kriegführenden Völker widmet ein Leitaufsatz im „Export Trade", Zeitschrift für Deutschlands Welthandel (Frankfurt a. M.) eine interessante Betrachtung. Der Aufsatz verdient die Aufmerksamkeit weiterer Kreise; wir geben ihn daher nachstehend in seinen Hauptzügen wieder.

Allgemein wirtschaftlich betrachtet hatten die beiden kriegführenden Reiche in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte auf dem Gebiet von Handel, Industrie und Verkehr zu verzeichnen, beide aber wesentlich deshalb, weil der Staat mit seinem Bedarf Hauptabnehmer war. In beiden Reichen war man mit Erfolg bestrebt, die Staatseinnahmen zu vermehren. In der Zeit von 1892 bis 1903 erhöhten sich die Staatseinnahmen in Rußland von 2090 auf 4400, in Japan von 180 auf 470 Millionen Mark. Aber in demselben Maße stiegen auch die Ausgaben und es entstand die Frage, ob nicht die Steuerkraft der beiden Reiche bereits auf das höchste angespannt sei, insbesondere, ob die großen Lasten, die der Krieg den beiden Staaten auferlegt, von ihnen getragen werden können.

In den Krieg trat Rußland mit einer Schuldenlast von 14,3 Milliarden Mark. Davon war der größte Teil im Auslande untergebracht, in Frankreich nach amtlichen Ermittelungen gegen 6 Milliarden Mark. In deutschen Händen befinden sich russische Staatsschuldverschreibungen schätzungsweise in Höhe von etwa 2 Milliarden Mark. Außerdem sind in russischen Industrieunternehmungen annähernd 1 1/2 Milliarden Mark fremdes Kapital angelegt, meist französisches, zum Teil belgisches und 1 1/4 Milliarden Mark deutsches Kapital.

Rußlands Finanzverwaltung hat seit Bunge eingreifende Reformen zustande gebracht, den Notenumlauf beschränkt, die Goldwährung eingeführt, ausreichend Goldmünzen in Verkehr gesetzt, den Goldbestand in Reichsbank und Reichsschatz gehoben und insbesondere die Anleiheaufnahmen mit erstaunlichem Geschick bewerkstelligt. Nachhaltig verbesserte sich der russische Staatskredit, und der Kurs der 4prozentigen russischen Goldanleihen hob sich von 75 im Jahre 1880 auf annähernd Pari seit Ende der neunziger Jahre. Nach Ausbruch des Krieges ging der Kurs allerdings bis auf 90 1/2 zurück, hielt sich aber noch immer auf einer respektablen Höhe, anscheinend allerdings nicht ohne Einwirkung der russischen Finanzverwaltung.

Japans Schuld belief sich bei Beginn des Krieges auf etwa 1170 Millionen M. und war zur kleineren Hälfte in England untergebracht. Von vornherein hatte man diesem exotischen Staat nicht so günstige Bedingungen gewährt, wie sie dem russischen Reiche zugestanden worden waren. Mitte 1903 standen die 4prozentigen Japaner in London auf 86 1/2, sanken von Monat zu Monat, fielen nach Ausbruch des Krieges auf 64 1/2 und hielten sich in den letzten Monaten auf annähernd 75. An den japanischen Finanzen ist das europäische Festland so gut wie garnicht interessiert, dagegen in beschränktem Maße an Geschäftshäusern und Kapitalsanlagen deutscher und anderer Unternehmer in den japanischen Hauptstädten.

Im Laufe des Krieges haben Rußland und Japan je eine neue Anleihe im Auslande aufgenommen, Rußland in Frankreich 640 Millionen M. durch Ausgabe von Schatzanweisungen, mit 5 v. H. verzinslich zum Nettokurse von 95 1/2, Japan in England, zum Teil in Nordamerika 200 Millionen M., ebenfalls durch Ausgabe von Schatzanweisungen mit 6 v. H. verzinslich zum Nettokurse von 91 1/2. Da die Schatzanweisungen in 5 bezw. 7 Jahren mit 100 v. H. zurückzuzahlen sind, so mußten beide Reiche ziemlich drückende Bedingungen eingehen. Anfang November 1904 kam in London und New-York eine neue japanische Anleihe von 240 Millionen M. zum Kurse von 90 1/2 zur Ausgabe. Abzüglich der Provision dürfte Japan nur einen Kurs von 89 1/2 erzielt haben.

In seiner umfangreichen Arbeit über „Die finanzielle Seite des russisch-japanischen Krieges" (Marinerundschau, Oktoberheft 1904) berechnet Helfferich die für den Krieg verfügbaren Mittel Rußlands einschließlich der neuen Anleihe auf rund 2 Milliarden M., die russischen Kriegskosten auf 175 bis 215 Millionen M. monatlich. Demnach hätte die neue auswärtige Anleihe Rußlands mit 640 Millionen M. nur seinen Kriegsbedarf für ein Vierteljahr gedeckt. Wohl besitzt die russische Finanzverwaltung in dem Goldbestand der Bank mit mehr als 2 Milliarden M. und in dem Notenrecht der Bank, das noch eine Ausgabe von 1120 Millionen M. Noten gestattet, einen Rückhalt von besonderer Stärke, der nach Helfferich geeignet erscheint, der Regierung über etwaige vorübergehende Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Mittel für den Krieg hinwegzuhelfen. Von der Möglichkeit, die Kriegsbedürfnisse durch ein Zurückgreifen auf die Goldbestände oder das Notenrecht der Bank zu decken, will aber die russische Regierung nach ihrer wiederholten Erklärung keinen Gebrauch machen, um nicht die verfügbaren Mittel vor der Zeit zu erschöpfen und die Valuta zu gefährden. Ob die russische Regierung daran festhalten wird, hängt von Dauer und Erfolg des Krieges ab. Nach Helfferichs Meinung müßten der ersten in Frankreich aufgenommenen Kriegsanleihe Rußlands bald weitere folgen, doch sind bisher alle Gerüchte darüber in Abrede gestellt worden.

Gleiche Mittel hatte Japan nicht annähernd zur Verfügung. Japan schätzt seinen Kriegsbedarf bis Ende März 1905 auf rund 1150 Millionen M., wovon etwa zwei Drittel durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Japans Kriegsausgaben sind aus verschiedenen Gründen erheblich geringer als diejenigen Rußlands. Japan ist dem Kriegsschauplatze näher und verfügt über den billigeren Seeweg, seine ganze Verwaltung ist ehrlicher, die Heeresverwaltung billiger, (stellt sich doch der Sold eines japanischen Soldaten in Friedenszeiten zwischen 1,80 und 2,50 M. monatlich,) und, was nicht unterschätzt werden darf, der Opfermut des Volkes ist geradezu beispiellos. Nach der Versicherung von Landeskundigen würde sich die Bevölkerung selbst mit dem Zwangskurs des Papiergeldes befreunden.

Allem Anschein nach wird der ostasiatische Krieg unentschieden ausgehen. Beide Staaten stehen sich dort in gleicher Stärke gegenüber, keiner wird siegen, keiner unterliegen. Kommt man in dieser Erkenntnis zu einem baldigen Frieden, so werden beide Staaten, die keine Kriegsentschädigung voneinander zu erwarten haben, die finanziellen Opfer, die ihnen der Krieg auferlegt hat, tragen müssen und tragen können. Bei längerer Dauer des Krieges ist freilich zu befürchten, daß die Finanzkräfte der beiden Staaten übermäßig geschwächt und ihr Kredit im Auslande ernstlich erschüttert wird.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser begab sich heute früh nach Weimar, um der Beisetzung der verstorbenen Großherzogin Caroline beizuwohnen.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag ist, wie in Reichstagskreisen verlautet, am Freitag vormittag fertiggestellt worden und wird in etwa 8 Tagen dem Reichstag mit den übrigen Handelsverträgen vorgelegt werden.

Ueber die Ergebnisse der Verhandlungen zur Herbeiführung einer Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen, die im einzelnen gegenwärtig einem Ausschusse zur näheren Prüfung unterliegen, ist amtlich noch nichts bekanntgegeben worden. Aus den Ausführungen aber, die im Reichstage der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hieber über den Gegenstand gemacht hat, und einem Bericht über die zu Beginn der Verhandlungen gehaltenen Reden der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten ergibt sich, daß man auf allen Seiten bestrebt ist, die im Interesse des gesamten Vaterlandes erwünschte Einigung über die einzelnen Sonderwünsche zu stellen. So zeigte u. a. der Vorsitzende der Konferenz, der Preußische Ministerialdirektor Kirchhoff, daß die Beseitigung der heutigen Unwirtschaftlichkeit allein auf dem Wege der vorgeschlagenen Betriebsmittelgemeinschaft durchgeführt werden kann. Die ursprünglich angestrebte Güterwagengemeinschaft erfordere eine einheitliche Wagendisposition, und davon sei die einheitliche Beschaffung des Wagenparks die natürliche Folge. Zur Beschaffung gehöre wieder die Unterhaltung, und da eine Ausscheidung der Unterhaltungskosten der Güterwagen aus den Gesamtunterhaltungskosten nicht durchzuführen sei, so sei die schließlich vorgeschlagene Betriebsmittelgemeinschaft nur die wohldurchdachte Ordnung einer geschlossenen Kette von Vereinigungsgeschäften, die der Selbständigkeit der übrigen Zweige der Einzelverwaltungen nicht im Wege ständen. Die Teilungsziffern an den gemeinschaftlichen Kosten von jährlich rund 500 Millionen Mark konnten für alle beteiligten Verwaltungen auf sicherer Unterlage festgesetzt werden. Die Wirkung dieser Gemeinschaft sei die volle Freizügigkeit aller Güter-, Personenwagen und Lokomotiven, ein einheitliches Werkstättenwesen, eine einheitliche Kohlenbeschaffung, eine Beschleunigung in der Güterbeförderung und dazu für jeden Staat erhebliche Ersparnisse.

Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte wird am Montag, den 13. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, wie üblich, im Zirkus Busch zu Berlin abgehalten. Freiherr v. Wangenheim und Dr. Roesicke werden die ebenso üblichen Ansprachen halten, Dr. Diedrich Hahn wird den Geschäftsbericht vorlegen. Die Tagesordnung steht noch nicht fest, doch werden nach der „Dtsch. Tagesztg." voraussichtlich die künftigen Handelsvertragsbeziehungen Deutschlands zum Auslande, die in Aussicht stehende Reform des Börsengesetzes und die Kanalvorlage zur Besprechung gelangen.

Ein „einmütiger" Landtag. Ein wunderbar erquickendes Bild hat im üblichen Wirrwarr unseres heutigen Parlamentarismus der seit etwa acht Tagen versammelte Meininger Landtag geboten; obwohl auch in ihm alle Parteischattierungen vom Erzagrarier bis hinab zum rotesten Sozialdemokraten vertreten sind, hat er bisher alle Beschlüsse, die er zu fassen hatte — und ihrer waren eine große Anzahl — einstimmig gefaßt. Wär's doch in anderen Parlamenten auch so!

Trotzdem der Generalstreik im Ruhrrevier am Dienstag proklamiert wurde, kann man immer noch nicht von einem allgemeinen Ausstande sprechen, denn bis Mittwoch haben von der Gesamtbelegschaft von rund 270,000 Mann erst ungefähr 200,000 Bergleute die Arbeit niedergelegt. Das eine läßt sich aber heute schon mit Bestimmtheit sagen: der Streik ist für die Bergleute verloren! Einmal ist kaum anzunehmen, daß der Generalstreik im vollen Umfange durchgeführt wird, dazu fehlt es bei dieser Arbeiterbewegung an dem Elan, ohne den große Gegensätze nicht ausgekämpft werden können. Namentlich die älteren Bergleute mit ihren Erfahrungen und weitsichtigerem Blick sind schwer zu überzeugen, daß die Ausstandsbewegung von Vorteil